Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 25, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 41. Mittwoch den 10. Februar 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der am 24. November vor. Js. hier verstorbene Privatmann Herr **Antonius Wilhelm Simon** hat unter Andern die hiesige Armenanstalt mit einem Vermächtnisse von

600 Mark

letztwillig bedacht.

Wir bringen diesen Beweis mildthätiger Gesinnung mit herzlichem Danke hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 4. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Rohrgräben und Unterstopfung und Bedeckung der verlegten Röhren der städtischen Gasanstalten im Bereiche der Stadt soll an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Näheres ist aus den in unserem Bureau der Gasanstalten (Ritterstraße 6, I., Theaterpassage) ausliegenden Bedingungen zu ersehen.

Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Ausführung von Gasrohrgräben"

bis zum 20. Februar dieses Jahres 10 Uhr Vormittags in der Registratur des Rathhauses abzugeben.

Leipzig, am 6. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die am 8. März dieses Jahres beginnenden Gasrohrumlegungen in der **Petersstraße** werden die Besitzer und Verpachter der anliegenden Häuser hierdurch veranlaßt, wegen etwaiger Abänderungen an ihren Gasleitungen oder Anbringung von Wasserverschlüssen die erforderlichen Anmeldungen bereits jetzt in unserem Bureau der Gasanstalten (Ritterstraße 6, I, Theaterpassage) zu bewirken.

Leipzig, den 6. Februar 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Pfandscheine Lit. S. Nr 95270. Lit. T. Nr. 8077 12282 29930 40656 40959 41995 42150 43296 67364 73588 80219 80452 82358 84477 86050 86162 86535 89444 95897 99566. Lit. U. Nr. 78 7347 10506 10815 10921 11039 14152 14693 15356 17722 19049 20092 21924 21926 21927 22261 23973 26445 30667 31087 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerkten Verfallzeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Belohnung zurückzugeben, widrigenfalls der Leihhaus-Ordnung gemäß den Anzeigern die Pfänder ausgeliefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig gehen werden.

Leipzig, den 8. Februar 1886.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Nichtamtlicher Theil.

Aus dem Reichstage.

Die Generaldiscussion bei der dritten Lesung des Etats hat ein klägliches Bild der gegenwärtigen Lage des Reichstages entrollt; die Reden aus allen Parteien, deren Vertreter zu Worte kamen, machten den Eindruck des Unbehagens über die selbstverschuldete Machtlosigkeit. Alles, was von Liebknecht und Windthorst gegen den Reichskanzler vorgebracht wurde, bezeugte nur die Thatsache, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nichts zu leisten vermag, wenn ihm der belebende Odem des Reichskanzlers fehlt; „Opposition muß sein", das ist die ganze Weisheit der Vertreter der Majorität. Windthorst erklärt mit Pathos: „Wir haben hier die Interessen des Vaterlandes zu vertreten und das können wir nur, wenn unsere Stellung hier fest ist." Hänel sagt: „Kein Staat kann glücklich sein, als wenn er freie selbstständige Bürger hat, das ist das Ziel, dem man nachstreben muß, wenn man die nationale Einheit wahren will." Rickert endlich behauptet: „Wenn wir fortfahren, hier loyale Opposition zu machen, so geschieht es in der Ueberzeugung, daß nichts eine Majorität mehr schätzt als eine kraftvolle Volksvertretung." Was ist der Zweck dieser Declamationen? Die beschämende Thatsache zu verschleiern, daß Opposition um der Opposition willen gemacht worden ist, aber nicht um die Würde des Reichstages zu erhöhen und dem Vaterlande zu nutzen. Windthorst und Rickert erklären sich beide bereit, den gestrichenen Betrag für den Aviso in den Marineetat wieder einzusetzen. Darin liegt doch das Zugeständniß, daß er zu Unrecht gestrichen wurde.

Das zweite Hauptthema der Generaldiscussion bildete der Reichstagsbeschluß in der Polenfrage. Die Vertreter der Mehrheit sehen ein, daß dieser Beschluß besser nicht gefaßt worden wäre; daher das Bestreben Windthorst's und Rickert's, das Votum zu entschuldigen. „Die Nothwendigkeit der Polenausweisungen ist behauptet, aber nicht bewiesen worden" — damit sucht der Centrumsführer um den Beschluß herum zu kommen, und Rickert beruft sich auf das Schlußwort Hobrecht's, worin er seine Mißbilligung der Massenausweisungen im preußischen Abgeordnetenhause ausgesprochen habe. Das ganze Hin- und Hergerede in der vorgestrigen Sitzung des Reichstages war pro nihilo; der langen Rede kurzer Sinn war: Hätten wir lieber den Aviso nicht gestrichen und die Resolution in der Polenfrage nicht beschlossen, dann wäre das Ansehen des Reichstages nicht geschädigt und der preußische Landtag nicht gegen den Reichstag ausgespielt worden. Mit solchen Debatten kann der Reichstag sein gesunkenes Ansehen nicht wieder heben, dazu giebt es nur ein Mittel und das ist, daß er die Interessen des Vaterlandes vertritt, was Windthorst sehr richtig als seine Aufgabe bezeichnet hat, obwohl gerade Windthorst am wenigsten dazu berufen war, den Reichstag an seine Pflichten zu erinnern.

Nebenher wurde das Capitel von den großen Staatsmännern abgehandelt, und Windthorst stellte den merkwürdigen Satz auf: „Gerade einem großen Staatsmann gegenüber muß der Reichstag sich stark zeigen." Als ob die Stärke sich durch Widerspruch kund gäbe. Wenn das wirklich so wäre, dann müßte man ja wünschen, daß der leitende Staatsmann immer nur verkehrte Maßregeln im Reichstage vertrüte, damit die Opposition der deutschen Volksvertretung dem Lande keinen Schaden bringe. Unhaltbareres ist im Reichstage niemals behauptet worden als dieser classische Ausspruch Windthorst's. Nur Kinder und Urtheilsunfähige leisten Widerstand aus Eigensinn und Unverstand, der einsichtsvolle Mann wird es niemals unter seiner Würde finden, der Führung eines Klügeren willig zu folgen. Das ist ja eben das Unglück an unseren parlamentarischen Zuständen, daß die Opposition aus Grundsatz im Reichstage geübt wird. Gegen eine verständige Opposition, die auf unbefangener und sorgfältiger Prüfung beruht, wird Niemand etwas einwenden, aber eine Opposition, wie sie Centrum und Deutschfreisinnige betreiben, ist im höchsten Grade verwerflich.

Eine der seltsamsten Redeblüthen, die sich je im deutschen Reichstage entfaltet haben, war die, welche Liebknecht darbot. Er warf die Frage auf, weshalb der Reichskanzler seinen Einfluß nicht aufgewendet habe, um in Rußland eine parlamentarische Regierung zu begründen, und knüpfte daran den prophetischen Satz: „Rußland wird zu Grunde gehen an seiner Politik, das wird der ganzen Culturwelt zum Nutzen gereichen, aber wer schützt denn dann die kleinen deutschen Capitalisten?" Der Gedankengang Liebknecht's ist so labyrinthisch, daß es schwer ist, ihm zu folgen; seine Meinung ist die, daß Derjenige, welcher den Abschluß russischer Anleihen durch ein deutsches Bankinstitut veranlaßt, dadurch der Ruin der kleinen deutschen Capitalisten verschuldet, weil er sie in den unabwendbaren russischen Bankerott mit verwickelt. Scharf ausgeklügelt mag dieser Gedanke sein, aber einleuchtend ist er nicht. Wenn der Reichskanzler keine schwerere Verantwortung zu tragen hat als die, welche ihm Herr Liebknecht aufgebürdet hat, dann kann er ruhig schlafen. Aber das Seltsamste an den Ausführungen des Herrn Liebknecht ist, daß sie beweisen sollten, daß der Reichskanzler die Geschäfte des Auslandes führe. Wir fürchten, daß Herr Liebknecht mit dem Entwurf seines Blattes die Geschäfte des „Kladderadatsch" anderer Witzblätter geführt hat.

Solchen abgeschmackten Redensarten gegenüber ist die Antwort, welche der Reichskanzler dem nationalliberalen Verein in Mannheim auf seine Zustimmungsadresse ertheilt hat, eine wahre Erquickung. Fürst Bismarck erklärt die dauernde Hemmung der Entwickelung Deutschlands durch eine Coalition von sechs unter sich uneinigen Fractionen für unmöglich und ist überzeugt, daß, wenn die verbündeten Regierungen und ihre Landtage fortfahren, die nationale Fahne hochzuhalten, die Nation schließlich dafür Sorge tragen werde, daß die Gesinnung ihrer Mehrheit auch in den Kundgebungen des Reichstags zum Ausdruck komme. In der That kann ein deutscher Reichstag, in welchem der Welfe und Sachwalter der römischen Curie die Führung übernommen hat, nicht als der Ausdruck der Mehrheit des deutschen Volkes angesehen werden, wir leiden unter dem Druck einer Clique, welcher jedes Mittel recht dünkt, um das deutsche Reich unter ihr Joch zu beugen. Sie führt die Geschäfte der Polen, sie verbindet sich mit den Deutschfreisinnigen, je nachdem, wenn nur dadurch der Reichsorganismus lahm gelegt wird. „Schaffen Sie den Culturkampf ab, dann haben wir auch den Frieden" — das ist die immer wiederkehrende Aufforderung Windthorst's an das deutsche Volk. Man sollte meinen, daß die in diesen Worten liegende Ueberhebung mit Händen zu greifen ist, und daß die Centrumswähler endlich zum Bewußtsein darüber kommen müßten, was sie thun, wenn sie Windthorst und seine Gesinnungsgenossen in den deutschen Reichstag wählen. Der Pfarrer Lender im badischen Landtage ist einer von den Wenigen, welche den Muth haben, der Centrumspresse die Wahrheit zu sagen, ihr vorzuhalten, daß sie sich mit den Geboten der christlichen Religion und der Moral in den schroffsten Gegensatz setzt. Dahin ist es gekommen, daß eine so beschaffene Presse den Ton angiebt für das katholische Deutschland. Und trotz dieser Verblendung geschieht Alles an maßgebender Stelle, um einer friedlichen Wandlung die Wege zu ebnen. Die Zugeständnisse, welche bisher gemacht wurden, sind nicht durch die Ueberzeugung ihrer inneren Berechtigung der preußischen Regierung abgerungen worden, sondern sie wurden gemacht, um den Starrsinn des Centrums zu brechen. Je geringer der Einfluß der römischen Curie auf die Gestaltung des bürgerlichen Lebens in Deutschland in Schule und Haus ist, desto freier können sich die besten Kräfte des Volkes entfalten, darüber besteht kein Zweifel. Darum hält die preußische Regierung so fest an den Grundlagen für die Vorbildung der Geistlichen, diese Vorbildung darf im Interesse des deutschen Reiches keine einseitige priesterliche, sondern muß eine auf allgemeiner Bildung fußende sein. Auf die Quellen kommt es an, aus welchen die geistige Nahrung fließt, diese Quellen dürfen nicht verstopft werden, sonst finden die deutschen Centrumswähler niemals den Grad von Freiheit und Unbefangenheit des Urtheils, welche sie befähigt, an der Gestaltung ihres staatsbürgerlichen Daseins selbstthätig mitzuarbeiten.

Leipzig, 10. Februar 1886.

* Die seit dem 2. Februar im Reichsamt des Innern tagende Commission zur Berathung über einheitliche Grundsätze für die Bezeichnung des Fahrwassers und der Untiefen an den deutschen Küsten wird, wie der „Pest" berichtet wird, jedenfalls noch die ganze Woche hindurch zu arbeiten haben. Sie hält täglich unter dem Vorsitz des Geh. Ober-Regierungsraths Weymann eine ca. fünfstündige Sitzung ab. Unter der aus neun Mitgliedern bestehenden Commission befinden sich Geh. Ober-Baurath Hagen, Geh. Regierungsrath Donner, Capitaine z. S. a. D. Herbig und Oberländer, Lootsen-Commandeur Gräfenhein und Barkenmeister Sellmann.

* Der „Moniteur de Rome" bringt folgende Correspondenz aus Berlin vom 1. d. M.: „Die meisten Zeitungen behandeln die Debatten des Landtags in einer sehr leidenschaftlichen Sprache. Die „Germania", die „Kölnische Volkszeitung" und die „Schlesische Volkszeitung" behaupten, daß trotz der Ablehnung des Kanzlers der Culturkampf sich keineswegs aus dem Polenismus entwickelt habe; andernfalls hätte die Regierung nicht vexatorische Maßregeln ergreifen können, welche die ganze Kirche und den ganzen Klerus getroffen haben. Sie erklären, daß es dem Kanzler weniger darauf ankam, eine Majorität zu haben, als eine Demonstration gegen das Centrum und den Reichstag zu machen." — Hierzu bemerkt die Redaction des „Moniteur de Rome": „Man darf dieser Polemik, welche durch taktische Erwägungen eingegeben ist, keine Bedeutung beilegen. Man hat diese Angriffe sich in Preußen stets wiederholen sehen, selbst am Vorabende einer Verständigung."

* Als weiterer Beitrag zu der Geschichte der Polonisirung deutscher Städte giebt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in Folgendem eine ihr aus Posen zugegangene Mittheilung wieder:

„Als der Erzbischof Przyluski im Jahre 1858 darüber Erhebungen anstellte, in welchen Kirchen der beiden Diözesen der Gottesdienst, soweit ritualmäßig nicht die lateinische Sprache gebraucht wird, ausschließlich in polnischer und in welchen Kirchen der Gottesdienst ausschließlich in deutscher Sprache abgehalten werde, ist Schneidermühl unter den wenigen Kirchen genannt worden, in denen der Gottesdienst ausschließlich in deutscher Sprache stattfand.

Für diese Zeit steht es also fest, daß von dem Gebrauche der polnischen Sprache beim Gottesdienst der Gemeinde keine Rede war.

Schon im Jahre 1860 trat ein Wechsel hierin ein. An einigen Sonntagen wurde in den Gottesdienst eine polnische Predigt eingelegt, und der damalige Geistliche sprach dann auch bereits deutlich den Wunsch aus, daß ihm ein Vicar gesandt werden möge, der polnisch spreche. Es hat den Anschein, als ob die polnischen Predigten für die damals in Schneidemühl garnisonirenden Ulanen, welche fast durchweg polnische Junge waren, bestimmt gewesen sind.

Jedenfalls waren jene Predigten in polnischer Sprache nur seltene und vereinzelte. Sie kamen nicht in bestimmter Aufeinanderfolge wieder. Mit Verlegung der Garnison schienen die Predigten in polnischer Sprache überhaupt wiederum in Wegfall gekommen zu sein. In neuerer Zeit aber ist es der polnischen Propaganda gelungen, den Gebrauch der polnischen Sprache beim Gemeindegottesdienste einzuführen, und zwar ist das lediglich dem Einflusse des Geistlichen Tuchorski beizumessen.

Auch im Schoße des Kirchenvorstandes haben sich bereits auf dem Gebiete der kirchlichen Vermögensverwaltung polnische Sonderbestrebungen geltend gemacht, welche den Vorsitzenden im Kirchenvorstande veranlaßten, seine Klagen darüber vorzubringen. Nach seiner Angabe ist es namentlich der Gymnasiallehrer Tchyas gewesen, welcher jenen Sonderbestrebungen Vorschub leistete."

* * *

* Aus Brüssel wird uns vom 8. Februar geschrieben: „In der Donnerstag-Sitzung der Kammer erregte der liberale Abgeordnete für Tirlemont, Halflants, sehr großen Anstoß bei der Linken und den zahlreich auf den Tribünen anwesenden Officieren. Gelegentlich der Besprechung des Militairbudgets äußerte der Genannte, das religiöse Gefühl im Heere gehe leider immer mehr zurück, und es sei dringend nöthig, daß durch Verwerfung der militairischen Seelsorgerstellen (Aumôniers) der drohenden Gefahr gesteuert werde. Die französische Armee sei 1870 geschlagen worden, weil die Soldaten im Tornister Paul de Kock's Romane und ähnliche Bücher mit sich geführt hätten, während im Belfte der gläubigen deutschen Streiter die Bibel und sonstige religiöse Schriften sich befunden hätten. — Es verlautet, daß binnen Kurzem im königlichen Marstall, einem der best ausgestatteten und daher kostbarsten Europas, eine bedeutende Verringerung des Bestandes eintreten werde. Auch andere Einschränkungen in der Hofhaltung seien in Aussicht genommen, und dieser Hang zur Sparsamkeit wäre in Verbindung zu setzen mit den ganz bedeutenden Opfern, welche der König für das Congo-Unternehmen gebracht habe. Ein hiesiges Blatt will aus sicherster Quelle wissen, daß der bisher aus dem Vermögen des Königs Leopold geflossene Betrag sich auf elf Millionen Francs beziffere. — Die diesjährigen Herbstmanöver des belgischen Heeres werden in der „Hesbaye" (zwischen Namur und Lüttich) auf dem linken Ufer der Maas stattfinden und von geringerer Bedeutung als in den letzten Jahren sein."

* Jetzt wird Näheres über die Genesis des in der französischen Kammer gestellten Antrages wegen Ausweisung der französischen Prinzen bekannt. In der That charakterisirt sich der Antrag als eine Mine gegen das Cabinet Freycinet, das sich immer mehr auf die äußerste Linke stützt. Die Rede des Abgeordneten Lanquinai's oder vielmehr, da er gar nicht zum Reden kam, seine ersten Worte sind vielleicht der Anstoß gewesen, dieses der Regierung unbequemen Antrag einzubringen, allein vorbereitet ist er wahrscheinlich schon gewesen, das beweist seine Kürze und seine Bestimmtheit. In der Sitzung vom Donnerstag traten etwa zwanzig Opportunisten zusammen und sich auf ein Gesetz betrs. Decret vom 8. Juni 1871, welches den Prinzen von Orleans die Heimkehr nach Frankreich gestattete, und vom 11. October 1848, welches das Gleiche für die Mitglieder der Familie Bonaparte zuließ, stützend, beantragten sie:

„In Erwägung, daß die bisher von der Regierung der Republik den Prinzen der gestürzten Dynastien gegenüber bewiesene Mäßigung nur die Folge gehabt hat, sie und ihre Freunde zu Hoffnungen und bedenklichen Kundgebungen aufzumuntern, halten die Unterzeichneten den Augenblick für gekommen, die zu ihren Gunsten ergriffenen Maßregeln der Milde aufzuheben und die Gesetze wieder in Kraft treten zu lassen, welche sie vom französischen Gebiet verbannen. Demgemäß haben sie die Ehre, folgenden verfassungsmäßigen Gesetzentwurf einzubringen: Einziger Artikel: Es sind aufgehoben das Gesetz vom 8. Juni 1871 und das Decret vom 11. October 1848. Es treten wieder in Kraft die Gesetze vom 10. April 1832 und vom 26. Mai 1848, betreffend die Familie Bonaparte und die Prinzen des Hauses Bourbon."

Der ganze Antrag wie überhaupt die Vorgänge in der französischen Kammer sind keine Zeichen von einer Befestigung der Republik und wir stimmen dem Correspondenten der „Vossischen Zeitung" zu, wenn er schreibt:

„Die Verjagung der Prinzen hätte, wenn sie geschähe, nicht einen Schimmer der Rechtfertigung. Sie wäre eine Gewaltmaßregel, die an Rohheit und Ungesetzlichkeit dem bonapartistischen Staatsstreich und den darauffolgenden Heimsuchungen der Republikaner nichts nachgeben würde. Der Fall der Prinzen liegt sehr einfach; entweder machen sich dieselben eines im französischen Gesetze vorgesehenen Vergehens oder Verbrechens schuldig oder nicht; im erstern Falle muß man sie unter Anklage stellen; durch ordentliche Richter verurtheilen lassen und die volle Strenge des Gesetzes auf sie anwenden; wenn man ihnen aber nichts Unrechtes und Strafbares nachweisen kann, so ist es ein abscheulicher Mißbrauch der Gewalt, sie dennoch des Landes zu verweisen. Die Vergewaltigung der Prinzen wäre thatsächlich ein Eingeständniß der Schwäche des republikanischen Systems und der republikanischen Regierung. Denn was bedeutete ihre Verjagung anders als das Bekenntniß: „Wir haben vor der Anwesenheit dieser paar Nachkommlinge französischer Monarchen Angst?" Eine starke Regierung würde im Bewußtsein ihrer Machtmittel und Existenzberechtigung sagen: „Die Prätendenten machen uns nicht bange. So lange sie sich ruhig verhalten, sehen wir über sie hinweg. Sowie sie aber machen, fassen sie unsere Hand am Rockkragen fühlen." Doch leider ist im französischen Republikanismus noch zu viel vom jacobinischen Sauerteig der großen Revolution zurückgeblieben, als daß er nicht zu Härten, Despotismen und grausamen Vorbeugungsgelüsten geneigt sein sollte. Die wenigsten republikanischen Politiker haben auch nur die geringste Empfindung für Freiheit. Dieses Wort bedeutet ihnen einfach, daß sie selbst Majoritätsmacht haben und im Gegensatz aller politischen Widersacher dahin schicken können. Die Tyrannei des französischen Jacobinismus erstreckt sich heute wie vor 10 Jahren nicht blos auf die Politik, sondern auf alle Gebiete. Vor kurzem hielt ein hiesiger Gymnasial-Professor in einem freien Universitäts-Cursus der Sorbonne einen Vortrag über Victor Hugo und kritisirte seine politischen Gedichte und Freiheitsreden scharf, aber gerecht. Gleich fiel die ganze republikanische Presse über ihn her und forderte, daß man ihn aus Brod und Amt jage. Noch gnädig, daß man nicht seinen Kopf verlangt hat. Das ist ein kleines, aber bezeichnender Zug. Er läßt erkennen, wie es die Nachkommen der Jacobiner mit der Freiheit und Duldung fremder Meinungen halten."

* Zum Vicekönig von Irland ist nicht Lord Northbrook ernannt worden, sondern Lord Aberdeen. Dieser ist in politischen Dingen ein blinder Verehrer Gladstone's und in religiösen Dingen ein frommer Presbyterianer, im Uebrigen eine anständige Null, die Das thun wird, was ihr befohlen wird. Die Irländer werden sich aus dem Protestantismus ihres Vicekönigs ebenso wenig machen, wie aus dem Nationalismus ihres Staatssecretairs Morley, denn es giebt jetzt nur noch einen Glauben, und der heißt: der Gladstoneismus. Von den sonstigen Ernennungen ist die des Herrn Brice, des Negerfreundes für Süd-Aberdeen, zum Unterstaatssecretair des Aeußern die wichtigste. Er ist ein Mann von 48 Jahren, studirte in Glasgow und Oxford und bekleidet seit 1870 die Stelle eines Rechtsprofessors in Oxford und London. Seine plötzliche Erhebung zu dem obigen wichtigen Posten verdankt er wohl seiner Bekanntschaft mit seinem Landsmann Lord Rosebery. Es heißt, daß er seine Kenntnisse in internationalen Dingen nicht ausschließlich beim Scheine der Studirlampe erworben habe, sondern sehr viel gereist sei. Im Ganzen und Großen ist das schottische Element in den Gladstone'schen Ernennungen sehr stark vertreten, denn es gilt vor Allem, die dem Home Rule abgeneigten Schotten zu versöhnen.

* In Tiflis wird versichert, daß der Generalgouverneur des Kaukasus, Fürst Dondukow-Korssakow, von seinem Posten demnächst zurücktreten werde. Als muthmaßlicher Nachfolger Dondukow's wird der Kriegsminister Wannowski genannt.

* Die Nachrichten von der Somali-Küste lauten recht beunruhigend. Die Habr Auel haben nach einer Depesche aus Aden infolge eines Streites unter sich den den Aqal Junis gehörigen Handelsplatz Bulhar verbrannt und den dort ansässigen arabischen und indischen Händlern empfindliche Verluste zugefügt. Der Resident von Aden hat sich nach der Küste begeben, um den Streit zu schlichten und die Friedensstörer zur Entschädigung der Händler, alles englische Unterthanen, zu zwingen. Bei dem Charakter der Somalis hat gütliches Zureden wenig Aussicht auf Erfolg und wird deshalb eine kleine Streitmacht von 400—500 Mann nach der Küste entsandt werden, die gleichzeitig die Aufgabe hat, einige räuberische Stämme des Innern, welche die Handel treibenden seit längerer Zeit unsicher machen und den Verkehr mit Berbera und Bulhar erheblich schädigen, zu züchtigen.

* Die „New-Orleans deutsche Zeitung" schreibt über die Thätigkeit des deutschen Reichstages:

Die langen Weihnachts- und Neujahrsferien des deutschen Reichstages sind beendet und die Reichsboten wieder in Berlin eingetroffen, um dort ihre gesetzgeberische Thätigkeit aufs Neue aufzunehmen. Der zweite Theil der diesmaligen Reichstagssession hat begonnen. Auf den ersten Theil seiner Session kann der gegenwärtige Reichstag nicht besonders stolz sein; er hat in demselben der deutschen Nation wieder einmal mit voller Klarheit und Deutlichkeit vor Augen geführt, was sie von einem Parlament zu erwarten hat, welches von der Richter-Windthorst'schen Majorität beherrscht wird. Mit geschäftigem Eifer hat diese Majorität den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit in die Veranstaltung politischer Demonstrationen verlegt, welche allein den Zweck verfolgten, die Regierung bei dem Volke zu verklagen und deshalb unzufrieden zu machen.

Wie schwer es war, etwas ausfindig zu machen, was zu diesem Zwecke verwendet werden konnte, erfuhr man daraus, daß das Centrum die Missionsfrage in den Colonien, welche sowohl vom katholischen wie vom nationalen Standpunct aus in einer völlig unanfechtbaren Weise von der Regierung entschieden war, geradezu bei den Haaren herbeizogen hatte, und daß Klericale und Aerzkämmige den polnischen Abgeordneten für einen Protest in der Ausweisungsfrage, welche von der preußischen Regierung in energischer Wahrnehmung deutscher Interessen in Angriff genommen ist, Handlangerdienste leisteten, welche so weit gingen, daß sie die Reichsregierung für die polnischen Intrcssen einspannen und gegen die preußische Regierung zu Hülfe rufen wollten.

Diesem Vorhaben wurde ein Damm entgegengestellt durch die kaiserliche Botschaft vom 30. November, welche voraussichtlich bestimmt von dauernder Bedeutung sein wird, weil sie an einem schlagenden Beispiel zeigt, welchen Schutz die Eingesessenen für ihre Interessen von der Richter-Windthorst'schen Majorität zu gewärtigen haben. Auch der von den Conservativen ausgehende Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode wurde von der Mehrheit in gleicher Weise ausgebeutet; er diente ihr als Hauptbase, um die Regierung der „Unterdrückung des Volks", den Reichskanzler der Dictatur anzuklagen und Mißtrauen gegen die nationalen Parteien zu erzeugen.

Daß bei einem derartigen Verhalten der Majorität die eigentlichen Arbeiten des Reichstages zu kurz gekommen sind, will nicht Wunder nehmen. Bis jetzt hat nur das aus der Initiative der Conservativen hervorgegangene Reichsbeamten-Pensionsgesetz im Reichstage Erledigung gefunden. Ueber die Bedeutung des verhältnißmäßig glatten und schnellen Verlaufs der Debatte über den Militairetat wird sich Niemand täuschen; augenscheinlich hielt es die Majorität wohl der ganzen politischen Lage nach für angemessener, sich in Angriffen gegen die militairischen Einrichtungen nicht zu weit vorzuwagen, um damit nicht allzu sehr den Unwillen des Volkes gegen sich herauszubeschwören.

Hierauf wird man nur wenig Befriedigung über den Beginn der parlamentarischen Thätigkeit während dieser Session empfinden können. Ob sich die Aussichten wahrscheinlich besseren werden, erscheint fraglich. Die Hoffnung, daß der weitere Verlauf der Session ersprießlicher sein werde, gründet sich allein darauf, daß die Majorität bei der Behandlung der in der Folge in Angriff zu nehmenden positiven Arbeiten auseinandergehen wird. Wie dem aber auch sei, so darf man sich der Hoffnung hingeben, daß die Regierung der Schwierigkeiten, welche ihr der gegenwärtige Reichstag bereitet, auch in Zukunft Herr werden und es ihr gelingen wird, die nationalen Interessen unter wachsender Zustimmung der Nation auch in der Folge wirksam zu fördern.

* In Ausführung des mit Spanien erzielten Abkommens über die Karolinen-Inseln wird jetzt in allernächster Zeit ein deutsches Kriegsschiff die auf den Inseln errichteten deutschen Hoheitszeichen zurückholen. Es